Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 75 (1983)

Heft: 7-8: Nationalsozialismus

Artikel: 1933 : vor 50 Jahren fiel Deutschland in die Barbarei zurück

Autor: Pehl, Günter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355145

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

1933: Vor 50 Jahren fiel Deutschland in die Barbarei zurück

*Günter Pehl**

Vor einem halben Jahrhundert begann am 30. Januar 1933 das düsterste Kapitel deutscher Geschichte. Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler endete zugleich die Weimarer Republik, dieser erste Versuch, in Deutschland eine Demokratie zu schaffen. Es folgten zwölf Jahre einer menschenverachtenden Barbarei. Über 50 Millionen Menschen fanden den Tod, zum grösseren Teil in dem von Hitler enfesselten Krieg. Viele Millionen wurden in den Massenvernichtungslagern ermordet. Furchtbar war das Grauen und namenlos das Leid. Am Ende stand der totale Zusammenbruch Deutschlands.

Was war der Nationalsozialismus überhaupt?

Der grössere Teil unseres Volkes hat die Herrschaft Hitlers nicht mehr selber erlebt. Die 50. Wiederkehr des «Tages der Machtergreifung» sollte deshalb ein Anlass sein, über das damalige Geschehen und über den Nationalsozialismus zu informieren und nachzudenken. Was war der Nationalsozialismus überhaupt? Wie konnte es zu der Machtübernahme durch Hitler kommen? Welche Lehren können wir aus der deutschen Geschichte während der 25 Jahre zwischen 1920 und 1945 ziehen? Diese und ähnliche Fragen sollten wir uns stellen.

Der Nationalsozialismus hatte keine rationale Theorie zur Grundlage, wie z. B. der Marxismus. Er hatte keine klaren und rationalen politischen Zielvorstellungen. Vielmehr war er ein Sammelsurium irrationaler Weltanschauungen. An die Stelle der Vernunft wurde der Glaube an den «Führer» Adolf Hitler gesetzt, der von der «Vorsehung» dem deutschen Volk geschenkt worden war. Das Pseudo-Religiöse in dieser Vorstellungswelt war unverkennbar. Es wurde dem «Führer» bedingungsloser Glaube an ihn und Gehorsam ihm gegenüber gefordert – und von vielen Millionen auch gegeben.

Der Nationalsozialismus war totalitär, faschistisch und rassistisch – dies alles indessen in einer das ohnehin Schreckliche ins Barbarische übersteigernden Weise. Der Aufstand gegen die Vernunft verband sich mit deutscher Gründlichkeit und technischer Perfektion. Erst dadurch wurde die totale Erringung der Macht möglich; erst dadurch waren die NS-Machthaber später zur Massenvernichtung von 7 bis 8 Millionen Menschen in der Lage.

*Abdruck aus «Die Quelle», Funktionärszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Heft 1 und Heft 2, 1983.

An die Stelle der Vernunft trat der Glaube an den «Führer»

Untersucht man die wichtigsten Merkmale nationalsozialistischen Denkens und Verhaltens und fasst sie in einer kurzen Übersicht zusammen, dann ergibt sich folgendes Bild:

- Der totalitäre Charakter des Regimes kam in einem Ausschliesslichkeits- und Totalitätsanspruch gegenüber dem einzelnen zum Ausdruck. Demokratische Verfassungseinrichtungen, wie Menschen- und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, Wettbewerb des Mehrparteiensystems, Parlament als Repräsentant des Volkes, Gewaltenteilung, Beschränkung der Machtausübung durch Kontrolle und zeitliche Begrenzung wurden von Hitler und seinen Kumpanen an der Macht nach dem 30. Januar 1933 in kurzer Zeit zerstört.
- An ihre Stelle traten die uneingeschränkte Machtausübung durch den «Führer» Adolf Hitler, die Durchorganisierung der Gesellschaft nach dem Führer-Gefolgschaft-Prinzip, die Vergötzung und Allmacht des «Reiches» (und was dessen Interesse war, bestimmte der «Führer»), die totale Rechtlosigkeit und Knechtung der Persönlichkeit, sobald sie den geforderten absoluten Gehorsam verweigerte, bis hin zu ihrer Vernichtung.
- Die in einer freien Gesellschaft offene Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen, oft auch gegensätzlichen Interessen der einzelnen sozialen Gruppen, Schichten und Klassen wurde als zersetzendes Klassenkampfdenken verurteilt und beseitigt. Statt dessen gab es die vom Führer-Prinzip bestimmte Volksgemeinschaft, in die sich der einzelne bedingungslos ein- und unterzuordnen hatte («Du bist nichts, Dein Volk ist alles», hiess es). Das Volk wurde mit Mitteln des Zwanges und einer raffinierten Propaganda mobilisiert und militarisiert.

Primitiver Rassismus und blindwütiger Judenhass

- Humanität, Menschlichkeit wurden als Schwäche («Humanitätsduselei») abgetan. Hass, unnachgiebige Härte, ja Brutalität gegenüber dem Gegner wurden verlangt. Dabei lag ein primitives Freund-Feind-Denken zugrunde, das zu einer totalen Polarisierung führte. Andersdenkende, Andersartige, Kritikäussernde – oder konkreter: Sozialisten, Kommunisten, Liberale, Intellektuelle, Juden, Russen, Polen, Zigeuner, Homosexuelle u. a. – sie alle hatten als minderwertig zu gelten und wurden in die Vernichtungslager eingeliefert. Wer ihnen half oder mit ihnen zusammenlebte, teilte schliesslich das gleiche furchtbare Schicksal.
- Die Wahnvorstellung, dass andere Völker und Rassen minderwertig seien, war eines der wesentlichsten Elemente nationalsozialistischen Denkens. An der Spitze der Völker und Rassen stand der «arische, germanische Deutsche». Das rassisch überlegene deutsche «Herrenvolk» war nach Meinung der Verblendeten zur Herrschaft über ganz Europa berufen; ein Ziel der Politik sei es, diesem Volk einen ausreichenden «Lebensraum» im Osten zu erobern, wobei die dort lebenden

Völker den «Herrenmenschen» als Arbeitskräfte zu dienen hatten; einer höheren Bildung seien sie nicht würdig.

- Ausfluss dieses primitiven Rassismus war ein Antisemitismus, der sich bis zum blindwütigen Judenhass steigerte. Die Juden waren schlechthin die Verkörperung des Bösen in der Welt. In den wirren Gedankengängen Hitlers war Deutschland das Objekt einer weltweiten Verschwörung des Judentums. Auf ihr Konto ging der 1. Weltkrieg, ihre Werkzeuge waren Bolschewisten und Hochfinanz, Sozialisten und Freimaurer gleichermassen. Dieser «Weltfeind Nr. 1» musste «ausgerottet» werden; im Nazijargon hiess dies die «Endlösung der Judenfrage».
- Der Krieg und das Frontsoldatentum wurden verherrlicht. Bedenkenlos wurde militärische Gewalt als Mittel zur Verwirklichung der Eroberungspläne eingesetzt. An die Stelle des Völkerrechts trat das «Recht des Stärkeren», das Recht des angeblich rassisch überlegenen «Herrenvolkes». Dabei waren Hitler und seine Kumpane der Auffassung, dass man im Verkehr mit anderen Staaten sich nicht an Verträge und feierlich abgegebene Versprechen (z. B. jeweils nach der Besetzung Österreichs, dann des Sudetenlandes, dann der Tschechoslowakei keine Gebietsansprüche mehr zu haben) zu halten brauche. Die Widerstandskraft demokratisch regierter Völker wurde völlig unterschätzt.

Wie konnte Hitler an die Macht gelangen?

Hitler kam keineswegs durch einen Staatsstreich an die Macht, sondern auf einem Weg, der von der Weimarer Verfassung gedeckt war. Diese Erkenntnis ist bedeutsam. Sie hat die Schöpfer des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland dazu veranlasst, beim Gestalten unserer Verfassung Lehren aus der damaligen Fehlentwicklung zu ziehen. Es wurde alles verfassungsrechtlich Mögliche getan, um den Feinden unserer Demokratie den Weg an die Regierungsmacht zu versperren.
Damals jedenfalls war es Hitlers Strategie, auf verfassungsmässigem Wege Reichskanzler zu werden. Der Staatsstreich, die «nationale Revolution», die später begeistert gefeiert wurde, fand nicht vor dem 30. Januar 1933, sondern erst in den Monaten danach statt, nachdem die ultrakonservativen Adligen und Bürgerlichen ihre Steigbügelhalter-Rolle gespielt hatten. Innerhalb weniger Monate wurde alles in Deutschland «gleichgeschaltet», wie es damals hiess.
Politisch ahnungslos, wie das Bürgertum – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in Deutschland immer war (und auch heute offensichtlich noch ist), hatten ihre politischen Repräsentanten zusammen mit dem ultrareaktionären Adel und den «Wirtschaftsführern» gemeint, man könne Hitler bändigen, indem man ihn zwar zum Reichskanzler ernenne, aber doch in ein Kabinett einbinde, das nur drei Nationalsozialisten (Hitler, Göring, Frick), aber acht konservative Minister aufwies. Es dauerte nicht lange und sie verschwanden von der politischen Bildfläche oder wurden zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Nicht die Mehrheit, sondern Artikel 48 brachte Hitler an die Macht

Bei der letzten Reichstagswahl vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, am 6. November 1932, hatte die NSDAP 33,1 Prozent der Stimmen erhalten, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Sie stellte rund ein Drittel der Sitze im Reichstag; gegenüber der Wahl vom 31. Juli 1932 hatte sie mehr als zwei Millionen Wähler verloren. Der Koalitionspartner Hitlers, die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), erhielt 8,3 Prozent der Stimmen. Beide Parteien hatten also nicht die Mehrheit.

Hitler kam nicht durch eine Abstimmung in den Reichstag, sondern über den verhängnisvollen Artikel 48 der Weimarer Verfassung zur Macht. Ursprünglich war dieser Artikel zum Schutz der Demokratie gedacht gewesen. Er gab dem Reichspräsidenten die Vollmacht, am Reichstag vorbei Regierungen zu ernennen und durch Notverordnungen zu regieren. Nach dem Rücktritt des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller am 27. März 1930 wurde die «Präsidialdiktatur» eingeführt. Zunächst regierte der Zentrumspolitiker Heinrich Brüning bis Ende Mai 1932 aufgrund dieses Artikels.

In der Hand des senilen und im Grunde seines Herzens antidemokratischen Reichspräsidenten Hindenburg öffnete dieser Artikel neun Monate später Hitler und seinen Kumpanen das Tor zur Herrschaft über Deutschland. Hitler ist also «nicht als Führer einer parlamentarisch tragfähigen Mehrheitskoalition ... sondern durch diese autoritäre Einbruchstelle der Weimarer Verfassung ... betont ‹legal› an die Regierung gelangt» (Karl Dietrich Bracher in «Weg in die Diktatur», Piper-Paperback, S. 159).

Hitler erhielt erst am 5. März 1933 bei der letzten noch einigermassen freien Wahl 43,9 Prozent der Stimmen, sein deutschnationaler Koalitionspartner 8 Prozent; insgesamt mit 340 von 647 Sitzen also die absolute Mehrheit.

Im Reichstag waren nur noch die Sozialdemokraten mit 120 Abgeordneten (= 18,3 Prozent der Stimmen) als Opposition vorhanden, nachdem die 81 gewählten kommunistischen Abgeordneten (= 12,3 Prozent) ihr Mandat nicht mehr ausüben konnten. Während die bürgerlichen Parteien einschliesslich des katholischen Zentrums Hitler am 23. März 1933 die Ermächtigung zum Aufbau seiner Diktatur gaben, stimmte die SPD als einzige Partei gegen das Ermächtigungsgesetz. Dass ihr Fraktionsvorsitzender Otto Wels seine mutige Erklärung gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers in einer Atmosphäre des Naziterrors abgab, wird in der Geschichte unserer Demokratie immer ein Ruhmesblatt bleiben. Als es 1933 um die letzte Entscheidung ging, da wählten die Sozialdemokraten (die heute nach Meinung von CDU-Generalsekretär Geissler kein anständiger Deutscher wählen dürfe) unter Gefährdung ihres Lebens die Freiheit.

Nur die Sozialdemokraten stimmten gegen Hitler

Die Annahme ist sicher richtig, dass Hitler und seine Diktatur sich in der

Zeit danach, jedenfalls bis zum Kriegsbeginn 1939 einer wachsenden Zustimmung bei einer schliesslich überwältigend grossen Mehrheit der Deutschen erfreuen konnten. Wie ist dies zu erklären? Wie war es vorher möglich, dass bei der letzten freien Wahl mehr als die Hälfte der Wähler einen Mann unterstützten, der an Stelle nationaler politischer Zielvorstellungen verworrene Weltanschauungen bot und den bedingungslosen Glauben an ihn forderte?
Für dieses merkwürdige Verhalten gibt es eine Reihe von Gründen; einige sollen dargestellt werden:

6,3 Millionen arbeitslos und Hitler versprach «Arbeit und Brot»

- Eine wichtige Rolle spielte natürlich die wirtschaftliche Entwicklung zu Beginn der dreissiger Jahre. Infolge der damaligen Weltwirtschaftskrise waren im Februar 1932 rund 6,3 Millionen Menschen arbeitslos, etwa jeder Dritte lohnabhängig Beschäftigte. Die Unterstützungsleistungen waren im Verhältnis zu heute minimal. Die Sorge um den Arbeitsplatz, die Aussichtslosigkeit, wieder Arbeit zu erhalten und die Not gaben der Protestbewegung Hitlers, die «Arbeit und Brot» versprach, überhaupt erst Chancen. Dazu hat nicht zuletzt die Sparpolitik des Reichskanzlers Brüning beigetragen. Durch Notverordnungen kürzte er Sozialleistungen und – anders als heute – Löhne und Gehälter. Ebenso wie heute wurde indessen ein Beschäftigungsprogramm der Gewerkschaften strikt abgelehnt.
- Die Entmutigung und nicht selten auch Demoralisierung der Arbeiterschaft als Folge der extrem hohen Massenarbeitslosigkeit schwächte natürlich die Kraft und den Einfluss der Gewerkschaften, einer der wenigen demokratischen Organisationen in der Weimarer Republik. Das hat ihre Bereitschaft zum Generalstreik, als es um die Verteidigung der demokratischen Republik ging, auf den Nullpunkt sinken lassen.
- Aus dem gleichen Grund war auch die Verteidigungsbereitschaft der demokratischen Parteien sehr geschwächt. Zur Resignation kam vielfach das Unvermögen hinzu, sich eine realistische Vorstellung von der drohenden Gefahr zu machen. Hitler wurde meist unterschätzt, als eine vorübergehende Erscheinung angesehen. Den demokratischen Gruppierungen fehlte aber auch die Kraft, über Meinungsverschiedenheiten und politische Gegnerschaften hinweg zu einem gemeinsamen Handeln gegenüber den erklärten Feinden der Demokratie zu finden. Man hatte auch nicht den Willen, in ausserordentlichen Situationen – wie anlässlich der Absetzung der sozialdemokratischen Regierung Preussens durch den Reichskanzler von Papen am 20. Juli 1932 – ausserparlamentarische Mittel einzusetzen.

Kommunisten bekämpfen die Republik

- An dieser Stelle ist ein Wort zu dem Verhalten der Kommunisten Anfang der dreissiger Jahre fällig. Sie haben die Weimarer Republik und insbesondere die Sozialdemokraten gehasst und bekämpft, und

die Gewerkschaften durch eine eigene Organisation, die Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation (RGO), zu spalten versucht. Für die KPD waren die Sozialdemokraten, die sie als «Sozialfaschisten» beschimpfte, der Hauptfeind. In völlig falscher Einschätzung der Lage meinten die Kommunisten, mit Hitler werde der Kapitalismus in seine Endkrise eintreten, wodurch die Massen den Kommunisten zugetrieben würden, so dass «geschichtsnotwendig» die Diktatur des Proletariats auf Hitler folgen werde.

Der verlorene Krieg und die Folgen

- Eine wichtige Rolle haben der verlorene Erste Weltkrieg und seine Folgen gespielt: Die Gebietsverluste, die masslos hohen Reparationsverpflichtungen, die ‹damals› nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmende Erklärung der ‹alleinigen› deutschen Kriegsschuld und Souveränitätseinschränkungen. Alle politischen Kräfte lehnten den Versailler Vertrag ab; er wurde vielfach als «Diktat von Versailles» bezeichnet. Aber die Regierungen der Republik mussten ihn, wenn auch widerstrebend und unter dem Druck eines Ultimatums, unterschreiben und erfüllen. Sie wurden von der Rechten (die den Krieg politisch geführt und verloren hatte, aber nach der Niederlage keine Verantwortung zu tragen brauchte) als «Erfüllungspolitiker» und Verräter an der Nation beleidigt. Die Belastungen aufgrund des Versailler Vertrages drängten auf Revision, und sie schürten einen Nationalismus, auf dessen Woge die NSDAP nach oben schwamm.
  Die völlig unvernünftigen Reparationsverpflichtungen waren übrigens eine Ursache für die Weltwirtschaftskrise Anfang der dreissiger Jahre, denn sie hatten die Tendenz, die internationalen Zahlungs- und Handelsströme zu zerstören. Die Reparationen überforderten nicht nur die deutsche Wirtschaft, sondern auch die Weltwirtschaft (insofern gibt es Parallelen zur Überforderung der Weltwirtschaft durch die Ölpreisexplosion in den siebziger Jahren).

Republikfeindlichkeit in den Oberschichten

- Die militärische Niederlage im ersten Weltkrieg wurde von der Rechten nicht akzeptiert. Vielmehr entstand ein Frontsoldatenmythos (die «Volksgemeinschaft des Schützengrabens» als Modell) und der Krieg wurde verherrlicht. Ein neuer Militarismus zog auf; in den Kampfverbänden Hitlers, in der SA und SS, fand er seinen Ausdruck.
- Sucht man nach den Ursachen für das Versagen der Weimarer Republik vor dem Ansturm der Nazis, stösst man recht schnell auf etwas Entscheidendes: In der Weimarer Republik waren, jedenfalls in ihrer letzten Zeit, die Demokraten in der Minderheit. Die Ober- und Mittelschichten waren in ihrer Mehrheit der Republik und der Demokratie feindlich gesonnen. Viele Funktionsträger in der Verwaltung, in der Justiz und erst recht im Offizierskorps hassten die Republik. Bürgerli-

che Tugenden, wie zum Beispiel Zivilcourage, Toleranz, Einsatz für Freiheitsrechte, Bereitschaft zum friedlichen Austragen von Interessengegensätzen, zur Konfliktlösung durch einen Kompromiss, fehlten.

- Kapitalbesitzer und Unternehmer waren grösstenteils antidemokratisch. Sie unterstützten mehr und mehr Hitler, weil sie von ihm erwarteten, er werde «Ruhe und Ordnung» schaffen, das Parlament, die Sozialisten und die Gewerkschaften zurückdrängen, sich nicht an den Versailler Vertrag halten, ihnen wieder volle Auftragsbücher bringen, zum Beispiel durch Aufrüstung, und die Einkommensverteilung zu ihren Gunsten ändern. Und das Führerprinzip – auf den Betrieb bezogen: Betriebsführer und Gefolgschaft – war auch ganz nach ihrem Geschmack. Die Kapitalbesitzer und die Unternehmer profitierten von dem Nazi-Regime. Ihre Unternehmerorganisationen blieben erhalten. Die Arbeitnehmerorganisationen wurden dagegen zerschlagen, ihre gewählten Führer verhaftet und Tarifautonomie sowie Streikrecht beseitigt. Die realen Stundenlöhne blieben von 1932 bis 1938 fast unverändert, während die Gewinne stark anstiegen.

Arbeiterschaft gegen Hitler

An der deutschen Arbeiterschaft lag es jedenfalls nicht, dass Hitler an die Macht kam. Die letzten freien Betriebsratswahlen im April 1933 brachten für die NSDAP und deren Betriebsorganisation NSBO ein so vernichtendes Ergebnis, dass die Reichsregierung Hitler die Wahlen abbrach. Soweit gewählt worden war, erhielten die freien Gewerkschaften (ADGB, sozialdemokratisch) 73,4 Prozent der Stimmen.

- Die Massenbasis der NSDAP war vielmehr der sogenannte Mittelstand: die kleinen Kaufleute, die Handwerker, die Bauern, aber insbesondere auch ein grosser Teil der kaufmännischen Angestellten. Gerade diese soziale Gruppe, deren Aufsteigermentalität am Berufsbeamtentum orientiert war, fürchteten, dass ihre Privilegien gegenüber den Arbeitern als Folge der industriellen Entwicklung verlorengingen; sie fühlten sich von «Nivellierung» und «Proletarisierung» bedroht. Ihre an vorindustriellen, ständischen Vorbildern ausgerichtete Einstellung geriet immer mehr in Konflikt mit der fortschreitenden Entwicklung einer modernen Industriegesellschaft.

Aufstand gegen die moderne Industriegesellschaft

- Der Aufstand gegen die moderne Industriegesellschaft und deren Auswirkungen war indessen nicht auf den Mittelstand beschränkt. Grossagrarier, Grossbürger, Bürokratie und Militärs waren von ihm gleichermassen erfasst. In Teilen der deutschen Führungsschichten hatte sich «eine eigenartige Mischung zwischen Modernität und Rückständigkeit erhalten: Produkt einer Entwicklung, in der schnellste ökonomische Modernisierung zum Industriestaat ohne gleichzeitige sozialpolitische Radikalreform stattgefunden hatte».

- Schliesslich darf die Konstellation der damals handelnden Führungspersonen nicht unerwähnt bleiben: Auf der einen Seite die dämonische Persönlichkeit Hitlers, des Demagogen und «Trommlers», der Millionen Menschen fesselte, weil er es verstand, ihren irrationalen Sehnsüchten nach einem starken Mann, nach einem «Führer», nach einem «Retter» aus der tatsächlichen oder vermeintlichen Not anzusprechen. Auf der anderen Seite der senile und im Grunde seines Herzens antidemokratische Präsident Hindenburg und die blutleere Adelskamarilla in seiner Umgebung, die von der Dynamik der Nazibewegung keine Ahnung hatten.